

Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2017/2018

Bürgermeister Wolfgang Henseler – STAND 10.10.2016 13:42

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bürgermeisterkollege Lutz Urbach aus Bergisch Gladbach hat seine Haushaltsrede im November des vergangenen Jahres mit dem alten Sprichwort

„Wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt irgendwo ein Lichtlein her!“

begonnen. Den etwas naiven Optimismus dieses alten Spruches habe ich angesichts der bedrohlichen Haushaltssituation zuerst belächelt, mich dann aber entschieden, dass auch ich nicht aufgeben will, dieses Lichtlein zu sehen oder zu suchen. Das Lichtlein ist bei diesen Haushaltsplanberatungen aber deutlich kleiner als noch bei den letzten Beratungen. Und um dieses Lichtlein wieder zu einem richtigen Licht werden zu lassen, bedarf es noch kräftiger gemeinsamer Anstrengungen.

Im Klartext: Wir werden 2017 bei den Aufwendungen die 100-Millionen-Grenze überschreiten, bei den Erträgen leider erst 2018. In beiden Jahren müssen wir im Ergebnisplan jeweils einen zweistelligen Millionenbetrag als Defizit ausweisen: 11,9 Mio. in 2017 und 9,5 Mio. in 2018. Den Haushaltsausgleich in 2021 können wir nur erreichen, wenn wir weiter sehr hart konsolidieren und zusätzlich unsere Erträge verbessern. Eine deutliche Erhöhung der kommunalen Steuern wird aus meiner Sicht unvermeidlich sein. Bitte nehmen Sie in Ihre Beratungen mit, dass eine Anhebung des Hebesatzes um z.B. 100 %-Punkte für ein „Durchschnittshaus“ zu einer jährlichen Mehrbelastung von 75–80 Euro führt, also ungefähr 6,50 Euro pro Monat.

Gleichzeitig freue ich mich aber auch über jeden ernstzunehmenden und realistischen Einsparvorschlag.

Ich bin froh, dass auf der Bundesebene Beiträge zur Übernahme von Mehrbelastungen geleistet werden, ich bin auch froh, dass auf der Landesebene zum Beispiel mit dem neuen Programm "Gute Schule 2020" einzelne richtige Akzente gesetzt werden.

Nur von einer ausreichenden Finanzierung der Aufgaben in den Kommunen durch Bund und Land sind wir weiterhin Meilen entfernt. Die Übertragung neuer Aufgaben hält mit der Übertragung der notwendigen Finanzmittel bei weitem nicht Schritt. Leider sind auch die Erwartungen an den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster mehrfach enttäuscht worden, da alle Klagen der Kommunen zum kommunalen Finanzausgleich, an denen wir uns zum Teil auch direkt beteiligt haben, sehr landesfreundlich entschieden wurden.

Und statt das derzeit gerade auf der Bundesebene vorhandene Geld in die Sicherung der kommunalen Aufgaben und die sanierungsbedürftige Infrastruktur zu stecken, gibt es jetzt schon wieder die Diskussion über zu verteilende Wohltaten. Zu weiteren Aspekten der Bundes- und Landesfinanzierung wird der Kämmerer noch Konkretes sagen.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Jahren habe ich Ihnen immer wieder mit in die Haushaltsplanberatungen den Satz mitgegeben: „Es gibt keinen Spielraum für Wünschenswertes aber nicht zwingend Notwendiges!“ Für die nächsten Haushaltsplanberatungen möchte ich es noch deutlicher sagen. Wir müssen gemeinsam noch stärker als bisher konsolidieren. Wir müssen auch unangenehme Entscheidungen treffen. Dies haben wir auch bereits innerhalb der Verwaltung bei der Aufstellung von Haushalt und Stellenplan intensiv diskutiert.

Wir müssen „Nein“ sagen, wenn es die Leistungsfähigkeit unserer Stadt überfordert. Wir müssen aus meiner Sicht auch überlegen, ob es nicht Sinn macht, bereits vor 2021 unser Kassenkreditvolumen zu reduzieren. Und eine Zahl zur Erinnerung: ein Punkt Grundsteuer führt zu Einnahmen von 15.000 Euro!

Meine Damen und Herren,

wie in den Vorjahren möchte ich auf einige inhaltliche Themen näher eingehen.

Thema Flüchtlinge

Vor einigen Tagen traf ich vor dem Rathaus einen ehrenamtlichen Helfer mit Flüchtlingen, der mir den schönen Satz sagte, „Ich bin stolz auf meine Stadt, so wie wir hier mit unseren Flüchtlingen umgehen!“

Genau diesen Stolz auf unsere Stadt und die Menschen, die sich hier engagieren, empfinde ich auch. Es gibt so viele Menschen, die sich engagieren und helfen, nicht nur in der Flüchtlingshilfe sondern auch an vielen anderen Stellen in Vereinen, Initiativen und Organisationen. Diese Bornheimer fragen nicht, was bringt mir das, sondern investieren Zeit und Geld, um etwas für andere zu tun.

In der Flüchtlingshilfe zeigt sich das in ganz besondere Weise. Dafür können wir nicht oft genug danken, auch hier und jetzt.

Schon bei der Einbringung des Doppelhaushaltes 2015/2016 hatte ich in meiner Haushaltsrede auf die finanzielle Belastung durch die Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen hingewiesen. Wie sprunghaft die Entwicklung sein würde, haben wir damals noch nicht wissen können. In Bornheim leben derzeit ungefähr 800 Flüchtlinge, die von uns untergebracht und betreut werden. Zum zweiten Nachtragshaushalt haben wir Ihnen eine Übersicht zu den Aufwendungen und Erträgen für den Flüchtlingsbereich vorgelegt. In 2016 stehen den Gesamtkosten von 10,1 Mio. Euro Erträge von 5,6 Mio. Euro gegenüber. Bleibt ein ungedeckter Anteil von fast 4,6 Mio. Euro. Auch wenn wir erwarten, dass sich in den kommenden Jahren dieser Unterdeckung reduziert, bleibt noch immer ein siebenstelliger Betrag bei uns als Kommune zu finanzieren. Über unsere Erwartungen an Bund und Land hinsichtlich des Ausgleichs dieser Summe brauche ich inzwischen nichts mehr zu sagen.

Thema Personalaufwendungen

Neben der Kreisumlage, die zusammen mit der ÖPNV-Umlage in 2017 nahezu 21,2 Mio. Euro und in 2018 über 21,9 Mio. Euro erfordert, bleiben die größten Ausgabepositionen des Haushaltes die Personalaufwendungen mit knapp 24,6 Mio. Euro in 2017 und 24,8 Mio. Euro in 2018.

Die Personalkostenentwicklung ist insbesondere geprägt von Stelleneffekten im Zusammenhang mit den Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung. Hier hat der Rat bereits im Jahr 2016 Beschlüsse zur Stellenausweitung gefasst. Die Bedarfe bestehen im Bereich der Leistungsgewährung, Sozialarbeit und Hausmeisterdienste. Ergänzende Unterstützungsleistungen müssen durch den vermehrten Einsatz von Zeitarbeitskräften als Interimslösungen erbracht werden. Auch den Hochbaubereich haben wir mit Ihrer Hilfe verstärkt, unter anderem durch die Neubesetzung einer kw-Stelle und dem Wegfall des Stellenplanvermerks.

Der Personaleinsatz in den Kindertageseinrichtungen orientiert sich an den Vorgaben des Kinderbildungsgesetzes NRW. Die Erweiterung verschiedener städtischer Kindertageseinrichtungen zum Beispiel in der Margaretenstraße, in der Rilkestraße und in der Knippstraße hat zu Stellenmehrungen geführt, die sich jetzt im Personaletat bemerkbar machen. Der Einsatz von festen Vertretungen/Springerkräfte für Personalausfälle ist wichtige Voraussetzung für den Erhalt der Betriebserlaubnisse und der Betreuungsqualität. Der Bedarf wurde entsprechend der Entwicklung angepasst.

Zur Betreuung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge sieht der Stellenplanentwurf eine refinanzierte Stelle vor (Ratsbeschluss vom 07.04.2016, Vorlage Nr. 199/2016-2). Ferner ist im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes eine zusätzliche Stelle vorgesehen, die der aktuellen Fallentwicklung Rechnung trägt.

Zur regelmäßigen und rechtlich vorgeschriebenen Prüfungen der feuerwehrtechnischen Ausrüstung und der Feuerwehrfahrzeuge hat der Rat bereits die Einrichtung der Stelle eines Gerätewartes beschlossen.

Zwei Zahlen halte ich noch für wichtig:

Von den 408 Stellen, die der Stellenplan 2017 ausweist, sind alleine 235 Stellen, also 58 % den Bereichen Kinder, Jugend, Schule und Soziales zuzuordnen.

Die vielen, einzelnen Veränderungen können Sie den heute ebenfalls eingebrachten Stellenplanentwürfen für die Jahre 2017 und 2018 entnehmen.

Bei den Personalkosten wurden weiterhin die Ergebnisse aus dem letzten Tarifabschluss in der Planung berücksichtigt, der insgesamt ein Volumen von 4,75 % beinhaltet (Erhöhung zum 01.03.2016 um 2,4 % plus weitere Erhöhung 2,35 % zum 01.03.2017).

Die Anpassungen der Eingruppierungen des beschlossenen Tarifvertrages des Sozial- und Erziehungsdienstes sind ebenfalls Bestandteil der Personalkostenentwicklung.

Thema Stadtentwicklung

Der Haushalt sieht wieder in erheblichem Umfang Finanzmittel vor, um diverse Planungsprojekte weiterzuführen. Die Aufwendungen für Planungen betragen 2017 360.000 Euro und 2018 300.000 Euro, zusätzlich sind in den beiden Jahren auch Aufwendungen und Erträge für Umlegungsverfahren vorgesehen.

Neben der kontinuierlichen Gewerbe- und Einzelhandelsentwicklung haben wir unsere Anstrengungen im Bereich der Wohnungsentwicklung verstärkt. Der seit 2011 rechtskräftige Flächennutzungsplan bietet uns viele Möglichkeiten, einen Teil des aktuellen Wohnflächenbedarfs in der Region zu decken. Die Nachfrage nach Bauland ist in Bornheim nach wie vor sehr hoch. Deshalb ist es notwendig die Wohnungsbauplanungen voran zu treiben. Die aktuelle Vermarktung von Wohnbauflächen in Bornheim, Kardorf, Merten und Hersel hat gezeigt, wie groß die Nachfrage trotz nicht gerade niedriger Objektpreise ist.

Deshalb müssen wir die derzeit diskutierten Wohnbauflächen in Bornheim am Hexenweg zusammen mit den Rampen an der L 192 und der K 42, in Merten an der alten Mühle, in Sechtem an der L 190 einschließlich der Verlegung der Landesstraße, in Hersel neben dem ebenfalls geplanten Golfplatz, in Dersdorf an der Dürerstraße, in Rösberg in der Verlängerung des Rüttersweges sowie in Roisdorf im Bereich Herseler Straße und Koblenzer Straße zügig vorantreiben. Insgesamt könnten in diesen Bereich einige hundert Wohneinheiten zur Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen.

Neben dem klassischen Wohnungsbau wäre es schön, wenn wir in Zukunft zusätzliche Projekte des generationen-übergreifenden Wohnens und vor allem preisgünstigen Wohnraum erschließen könnten. Hier wird es interessant sein, die Ergebnisse unseres Auftrages an Rödl & Partner zur Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft und zu den kommunalen Handlungsstrategien zum Wohnungsbau zu diskutieren. Wir haben die Vorstellung der Ergebnisse für den Haupt- und Finanzausschuss am 3.11.2016 vorgesehen.

Darüber hinaus bin ich froh, dass in den letzten Jahren intensiv an der Optimierung des Angebotes an Pflege- und Betreuungseinrichtungen gearbeitet wurde. Hier haben zum einen die bestehenden Einrichtungen kräftig investiert und in Merten, Roisdorf und Hersel neu gebaut und renoviert. Zum anderen gibt es auch noch weitere Neubauprojekte. Neben unserer neuen Kindertageseinrichtung Rilkestraße soll demnächst ein Seniorenzentrum mit 30 barrierefreien Wohnungen, 72 Pflegeplätzen, 12 Tagespflegeplätzen sowie eine Einrichtung der Lebenshilfe entstehen. An der Königstraße will das Beethovenstift eine weitere Anlage mit ca. 60 Pflegeplätzen errichten. Auch diese Projekte verbessern die Pflege-Infrastruktur in unserer Stadt.

Einige wichtige Entwicklungsthemen möchte ich noch kurz streifen.

Ich bin zuversichtlich, dass durch die Baulandentwicklung mit Hilfe von Flächenpool NRW im kommenden Jahr ein Bebauungsplan zur städtebaulichen Entwicklung der Fläche oberhalb der Bahnlinie 18 in Bornheim aufgestellt werden kann.

Im öffentlichen Personennahverkehr steht noch die weitere Ausgestaltung der Bahnsteige der Stadtbahnlinie 16 und 18 an. Hier befindet sich die Verwaltung in Gesprächen mit den zuständigen Verkehrsträgern, um eine barrierefreie Erhöhung der Bahnsteige zu erreichen. Darüber hinaus sollen die Beleuchtung verbessert und Infoanzeigen installiert werden.

Nach den Ausbaumaßnahmen am Sechtemer Bahnhof soll jetzt das Bahnhofsumfeld in Roisdorf auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden. Ich bin sehr gespannt, welche Ideen aus dem von Ihnen beschlossene Projekt der Bürgerwerkstatt kommen.

In der Radverkehrsplanung haben wir mit dem aktualisierten Radverkehrskonzept und der Radpendlerroute eine gute Grundlage für weitere Planungen.

Aber auch hier, wie bei allen anderen Themen müssen Sie, meine Damen und Herren, in den Haushaltsplanberatungen abwägen, welche Mittel wir in Konkurrenz mit anderen Projekten im Haushalt einsetzen können.

Thema Hochbau

Meine Damen und Herren, wir waren uns bisher einig, dass die Förderung von Kindern und Jugendlichen absolute Priorität bei allen unseren Haushaltsüberlegungen hat. Neben dem Kita-Ausbau gehören deshalb der Ausbau und die Sanierung im Schulbereich zu den langjährigen Schwerpunkten im Haushalt. Das Thema Unterbringung von Flüchtlingen ist noch dazu gekommen und hat auch seinen Eingang in den Haushaltsplanentwurf gefunden.

Im konsumtiven Planbereich der Gebäudewirtschaft enthält der Haushaltsplanentwurf 2017 / 2018 Aufwendungen in einer Gesamthöhe von ca. 7,7 Mio. bzw. 7,6 Mio. €. Hierbei handelt es sich vor allem um Aufwendungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Flächen für die verschiedensten Nutzungen.

Die Planung im Haushalt für Projekte in der Gebäudewirtschaft weist Mittel in Höhe von ca. 14,2 Mio. € in 2017 und ca. 9,9 Mio. € in 2018 für investive Auszahlung aus. In den Folgejahren sind Mittel in Höhe von jeweils 3,0 Mio. € vorgesehen. Schwerpunkte werden die beiden großen Erweiterungen von Heinrich-Böll-Sekundarschule und Europaschule sein.

Nach den personellen Verstärkungen im Hochbau und der verstärkten Inanspruchnahme externer Architektenleistung gehe ich davon, dass ausreichende Kapazitäten für die anstehenden Projekte vorhanden sind. Aber auch hier kommen wir an einer Prioritätensetzung nicht vorbei.

Thema Tiefbau

Im Tiefbau sind für mich zwei Maßnahmen mit allerhöchster Priorität zu realisieren, nämlich der Ausbau Apostelpfad (Gesamtkosten rd. 1,9 Mio. Euro) sowie der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen im Stadtgebiet (Gesamtkosten ca. 1,5 Mio. €). Hier wurden 2017 - 2019 jeweils 310T€ veranschlagt. Die max. Förderquote beträgt 90% der förderfähigen Kosten.

Außerdem müssen wir die Restabwicklung zur Beseitigung des Bahnübergangs Kolberger Straße in den Haushalt aufnehmen.

Über alle anderen Tiefbaumaßnahmen, z.B. den Ausbau von Heerweg, Uedorfer Weg, Oberdorfer Weg und Donnerstein, Feldchenweg müssen Sie, meine Damen und Herren, in den Haushaltsplanberatungen diskutieren und eine Priorität festlegen. Die Verwaltung hat Ihnen dazu einen Vorschlag im Haushalt und im Straßenausbauprogramm gemacht. Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Diskussion, dass nicht nur die finanziellen Kapazitäten sondern auch die personellen Ressourcen begrenzt sind.

Thema IT-Entwicklung

Die rasante Entwicklung in der Informationstechnologie weckt bei Bürgerinnen und Bürgern die berechtigte Erwartung, möglichst viele Anliegen auch bei ihrer Stadtverwaltung online erledigen zu können. Die technische Entwicklung und laufende Anpassung der rechtlichen Rahmenregelungen beinhalten zudem ein erhebliches Potential zur Steigerung der Effizienz der Aufgabenerledigung und der Weiterentwicklung unserer Dienstleistungskommune.

Diese Chancen wollen wir zusammen mit externer Hilfe ergreifen. Soweit sich dieser Prozess mit einem Bürokratieabbau verknüpfen lässt, würde ich das sehr begrüßen.

In Zusammenarbeit mit einer Kölner Internet-Agentur wird zudem der Internet-Auftritt der Stadt Bornheim überarbeitet. Unser ehrgeiziges Ziel ist es, das nutzerfreundlichste Info- und Serviceportal der Region zu werden.

Meine Damen und Herren, die weiteren Schwerpunkte im vielfältigen Aufgabenspektrum der Stadt können wir in den Beratungen der Ausschüsse erörtern. Dazu gehören dann beispielsweise die Aktualisierung des Schulentwicklungsplans, die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit im Schulbusbereich, die Frage der Intensivierung von frühen Hilfen oder die 1,7 Mio. Euro, die wir Jahr für Jahr für die Grünpflege im Stadtgebiet ausgeben. Eines ist mir noch wichtig: Wir geben das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger nicht für irgendeine anonyme Sache aus, sondern für die Bedürfnisse der Menschen in unserer Stadt. Deshalb lade ich die Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, sich an der Diskussion des Haushaltes zu beteiligen.

Ich danke Herrn Cugaly und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ganz herzlich dafür, dass wir es wieder geschafft haben, so früh wie nur wenige andere Kommunen, den Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre vorzulegen.

Die Verwaltungsführung steht Ihnen für Ihre Beratungen und Fragen auch außerhalb der Ausschusssitzungen gerne zur Verfügung. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Herrn Cugaly fortzufahren.